

GASTKOMMENTAR

Nicht auf den Staat warten



MICHAEL KIENINGER

Wir brauchen einen Digitalminister!“, forderten Unternehmensverbände Mitte Februar 2018 in einer gemeinsamen Petition, um die große Koalition in spe doch noch zu überzeugen. Mittlerweile steht die neue Bundesregierung. Statt eines echten Digitalministers hat Deutschland nun immerhin eine Staatsministerin für Digitales. Auf Dorothee Bär ruhen große Hoffnungen. Schafft sie es, die Digitalisierung in Deutschland voranzutreiben?

Die Frage in dieser ganzen Diskussion sollte besser lauten: Kann die Politik überhaupt die Herausforderungen lösen, vor denen die Wirtschaft angesichts des Dauerbrenners Digitalisierung steht? Meiner Meinung nach bringen selbst gute Rahmenbedingungen nicht automatisch digitale Innovationen hervor – eher im Gegenteil. Ein gewisser Leidensdruck fördert den Erfindergeist. Viele Unternehmen beweisen das jeden Tag. Doch die Digitalisierung wurde „typisch Deutsch“ angegangen: auf die Agenda genommen, Umsetzungsplan entwickelt, abgearbeitet, fertig? Aktuelle Studien zeigen deutlich, dass der Fokus der Digitalisierung derzeit in deren technischer Umsetzung liegt, nicht in der strategischen Weiterentwicklung der Geschäftsidee. Der digitale Wandel ist in den meisten Unternehmen lediglich ein IT-Thema. Das birgt die Gefahr, dass die deutsche Wirtschaft die nächste Stufe der Digitalisierung verschläft. Unternehmer sollten sich fragen: Was kann die Digitalisierung für mich und mein Geschäftsmodell tun? Wie nutze ich Neuerungen für meinen langfristigen Erfolg?

Natürlich sind Effizienzsteigerungen und Kosteneinsparungen schön und gut, doch im sich ständig wandelnden, globalen Markt nicht genug. Was heute noch schneller und besser ist, ist morgen schon Marktstandard, der von Kunden eingefordert, aber nicht extra vergütet wird. Es sind innovative neue Geschäftsmodelle und Produkte, die Unternehmen langfristig die Existenz sichern. Hier gilt es, zielgerichtet in Forschung und Entwicklung zu investieren. Doch 57 Prozent der deutschen Unternehmen agieren noch mit den gleichen Erlösmodellen und dem gleichen Produktportfolio wie vor der Digitalisierung. Nicht einmal neue Märkte oder Kundensegmente konnte die Mehrheit der Unternehmen durch die digitalen Möglichkeiten für sich entdecken. Alles beim Alten, könnte man meinen, und das trotz massiver Kosten für eine verbesserte IT-Infrastruktur.

Insbesondere große Mittelständler müssen aufpassen, den Anschluss nicht zu verlieren. Sie sind gut beraten, daran zu arbeiten, ihre Unternehmensstrukturen agiler und flexibler zu gestalten. Nur so kann der Digital Shift gemeistert werden. Denn Ideen entwickeln sich nicht unter der Käseglocke. Neben den eigenen Mitarbeitern können Netzwerke mit anderen Unternehmen oder der Wissenschaft Impulse geben. Wie gehen andere mit der Digitalisierung um? Auch in Start-ups zu investieren ist eine gute Möglichkeit, das eigene Universum zu vergrößern und sich Wissen in Sachen Digitalisierung einzukaufen. Doch ohne einen umfassenden strategischen Fahrplan und die ernsthafte Beschäftigung mit dem eigenen Geschäftsmodell werden auch solche Maßnahmen keinen echten Wandel herbeiführen. Es ist also höchste Zeit, umzudenken und aktiv zu werden, anstatt darauf zu warten, dass der Staat in die Steigbügel hilft. Bis dahin wird das Rennen längst gelaufen sein.

Der Autor ist Vorstand bei der Unternehmensberatung Horváth & Partners.

ESSAY



Monokultur mit Folgen: In einem Biomassefeld aus Maispflanzen auf der Schwäbischen Alb steht ein Windrad

Keine Wirkung ohne Nebenwirkung: Was für die Medizin gilt, trifft auch für die Technik zu. Bei den herkömmlichen Formen der Stromerzeugung und Treibstoffgewinnung ist das allen Menschen bewusst.

Die Rußwolken alter Kohlekraftwerke, Tankerkatastrophen, Atomunfälle, die hässlichen Krater des Braunkohletagebaus haben der Öffentlichkeit immer wieder ins Bewusstsein gerufen: Strom aus der Steckdose und Benzin im Tank haben einen ökologischen Preis.

Dies beflügelte die Suche nach Alternativen. Ihr Siegeszug begann in Deutschland am 1. Januar 1991. Auf Initiative des damaligen CDU-Umweltministers Klaus Töpfer trat das Energieeinspeisungsgesetz in Kraft, der Vorläufer des späteren Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Wer in Windkraft- oder Biogasanlagen investiert, bekommt für seinen Strom eine staatliche Abnahmegarantie zu subventionierten Preisen. Mit vielen Milliarden wurden seither Windkraft, Solarenergie und der Anbau von Biogaspflanzen gefördert. Endlich schien die Lösung gefunden: Saubere Energie, die die Umwelt nicht verschmutzt. Und – was manchen noch wichtiger ist – relativ wenig CO₂ freisetzt, das Gas, das nach Meinung vieler Wissenschaftler Ursache der Klimaerwärmung sein soll.

In Deutschland wird Strom aus Windkraft und Biogasanlagen häufig als „Öko-Strom“, „Bio-Strom“ oder sogar „Natur-Strom“ bezeichnet. Das macht sich gut in den Prospekten der Energieunternehmen. Keine andere Industrie verbraucht jedoch so viel Fläche wie der Erzeuger von „Öko-Strom“. Flächenverbrauch ist der ökologische Pferdefuß der Erneuerbaren, das hatte zu Beginn ihres Siegeszuges kaum jemand bedacht. Und Fläche zählt nun einmal zu den knappen Ressourcen. Ein Hektar mehr Windpark oder Maisacker ist ein Hektar weniger Lebensraum für viele Tierarten.

Um ein einziges Kohlekraftwerk zu ersetzen, müssen auf Hunderten Quadratkilometern Windturbinen errichtet werden. Fast 30.000 Windkraftanlagen prägen heutzutage das Gesicht Deutschlands, und es werden immer mehr. Wenn nach dem Klimaschutzplan der Bundesregierung die Zahl der Windturbinen verdoppelt wird, würde durchschnittlich alle 2,7 Kilometer eine aufgestellt. Weil Investoren und Politiker Prozesse mit Anwohnern scheuen, planen sie ihre Großprojekte immer häufiger in der freien Natur. Mittlerweile wurden 1200 Anlagen in Wäldern errichtet. Würden andere Industrien derart heftig in Naturgebiete eingreifen, wäre dies ein politischer Skandal.

Noch viel mehr Fläche als Windkraft beansprucht der Mais, der für die Biogasanlagen angebaut wird. Maismonokulturen auf 2,5 Millionen Hektar prägen mittlerweile in vielen

Um das Weltklima zu retten, setzt Deutschland auf regenerative Energien. Aber auch der Ausbau von Windkraft und Biodiesel schadet der Umwelt



MICHAEL MIERSCH

Regionen die Landschaft. Eine Fläche so groß wie Sizilien. Das Einheitsgrün wird nicht allein für die Biogaserzeugung angepflanzt, auch Futtermais ist darunter. Doch allein die deutsche Energiepflanzenproduktion frisst 1,5 Millionen Hektar Fläche. Weder Schreidler noch Feldhamster, weder Schmetterlinge noch Wildbienen können in der Maisöknie leben. Keine Lerche singt mehr und kein Kiebitz ruft. Rebhühner waren einst die typischen Bewohner der Feldflur, die man auf Spaziergängen häufig sah. Ihre Bestände sanken seit den 80er-Jahren um 94 Prozent. Bei anderen typischen Vogelarten der Agrarlandschaft liegen Rückgänge der vergangenen 20 Jahre zwischen 20 und 50 Prozent.

Anders als eine Ölpest oder ein Chemieunfall passiert die Ausdehnung des Maisanbaus und der Windindustrie auf der Fläche nicht plötzlich, sondern zieht sich über Jahre hin. Daher wird dieses ökologische Desaster von vielen Menschen nicht wahrgenommen. Die Auswirkungen sind jedoch viel heftiger als punktuelle Umweltkatastrophen, denn der Wandel findet auf breiter Fläche statt.

Allein 12.000 Greifvögel fallen den Windkraftanlagen alljährlich zum Opfer, berechnete Klaus Richarz, der Jahrzehnte die staatliche Vogelschutzbehörde dreier Bundesländer leitete und im Auftrag der Deutschen Wildtier Stiftung die Studie „Windenergie im Lebensraum Wald“ verfasste. Für die Gesamtzahl aller Vögel, die der Windindustrie zum Opfer fallen, existiert lediglich eine Schätzung des Ornithologen Hermann Hötker vom Naturschutzbund Deutschland (Nabu). Er rechnet, dass ein bis fünf Vögel pro Anlage und Jahr getötet werden, folglich insgesamt zwischen 30.000 und 150.000. Exakte Zahlen sind kaum zu ermitteln, da Ratten, Marder, Füchse, Wildschweine und andere Aasfresser die Kadaver nachts beseitigen.

Die Verluste seien nicht besonders hoch, sagt die Windkraft-Lobby, im Vergleich zu Millionen Vögeln, die mit Fensterscheiben, fahrenden Autos, Strommasten und anderen Hindernissen kollidieren. Doch darin liegt ein Trugschluss. Denn es kommt darauf an, welche Arten betroffen sind. Wenn zehn Stadttauben gegen Scheiben oder Autos fliegen, hat dies keine Auswirkung auf die Population. Doch wenn ein brütendes Rotmilanweibchen von einem Rotorblatt erschlagen wird, ist dies ein spürbarer Verlust für die Art in der betroffenen Region. Nach einer Studie im Auftrag des brandenburgischen Landesamtes für Umwelt aus dem Jahr 2013 fielen allein in diesem Bundesland etwa 300 Rotmilane jährlich den Windrädern zum Opfer – bei einer Gesamtpopulation von nur 15.000 Brutpaaren in Deutschland ein relevanter Verlust. Für diese Greifvogelart hat die Bundesrepublik eine besondere Verantwortung, denn mehr als die Hälfte des Weltbestandes nistet hierzulande.

Völlig unzutreffend ist der Einwand, auch Fensterscheiben und andere Hindernisse würden Opfer kosten, wenn es um Fledermäuse geht. Durch ihre Ultraschallortung kollidieren die fliegenden Säugetiere fast nie mit solchen Barrieren. Sie schaffen es sogar, durch die sich drehenden Rotorblätter zu fliegen. Dennoch fallen sie tot vom Himmel. Ursache ist ein Barotrauma. Ihre Lungen platzen durch den Druckabfall hinter den Windrädern. Dies widerfährt etwa 240.000 Fledermäusen pro Jahr. Die Dunkelziffer ist vermutlich wesentlich höher, weil die Tiere meist noch ein wenig weiterflattern und dann irgendwo im Wald verenden, wo ihre kleinen Kadaver bald aufgefressen werden. Bei Bauvorhaben wie Autobahnen, Flughäfen, Gewerbegebieten, Wohnhäusern oder Brücken löste das Vorhandensein einer Fledermauskolonie in Deutschland jahrelangen juristischen Streit aus oder verhindert sogar das ganze Projekt. Der Massentod dieser Tiere durch die Windindustrie rief bisher noch keine vergleichbare Empörung hervor.

Die Vermaisung und die Verbauung der Landschaft durch Windparks geschieht vor unseren

Augen. Die größte Umweltzerstörung der europäischen Klimapolitik findet jedoch weit weg in Südostasien statt. Um die europäische Nachfrage nach Biotreibstoffen zu befriedigen, werden in Indonesien und Malaysia Regenwälder abgebrannt. Diese Wälder zählen zu den artenreichsten der Erde, viele Pflanzen- und Tierarten leben nur dort und nirgendwo anders. Eine davon ist das Sumatra-Nashorn, die kleinste aller fünf Nashornarten, von der nur noch 100 bis 200 Exemplare existieren.

Der Urwald muss weichen, um Ölpalmplantagen anzupflanzen. Palmöl ist eine wichtige Ressource für Bio-Diesel, ein Treibstoff, der angeblich zur Klimarettung beiträgt. Seit 2009 wird in Deutschland dem herkömmlichen Diesel bis zu sieben Prozent Biodiesel beigemischt. Dieseldieselkraftstoff B7 ist Standardkraftstoff für Kraftfahrzeuge mit Dieselmotor. In der EU sind über 99 Prozent des vermarkteten Dieseldieselkraftstoffes B7.

Die Biodiesel-Wirtschaft verteidigt sich mit dem Argument, der Großteil des Palmöls werde nicht für ihre Raffinerien geerntet. Das ist richtig: Palmöl ist seit Langem einer der wichtigsten Rohstoffe für die Nahrungs- und Haushaltsmittelindustrie. Doch die zusätzliche Nachfrage nach Bio-Diesel hat das Tempo der Rodungen erheblich beschleunigt. Der Nabu hat 2016 gemeinsam mit der Umweltorganisation Transport and Environment eine Studie erstellt. Demnach hat sich die Menge an Palmöl, die in der EU für die Beimischung von Biokraftstoffen verwendet wird, in den Jahren 2010 bis 2014 versiebenfacht. 45 Prozent der in der EU genutzten Gesamtmenge an Palmöl wandert demnach in den Tank. Vor sechs Jahren waren es laut der Studie gerade mal acht Prozent. Währenddessen sei der Anteil, der für Nahrungsmittel, Tierfutter und Industrieerzeugnisse verwendet wurde, jeweils gesunken.

Allein Indonesien ist seit 1990 ein Fünftel der Waldflächen verloren gegangen. Laut FAO beträgt der jährliche Waldverlust des Landes über 5000 Quadratkilometer. Dadurch setzt Indonesien jedes Jahr 2,6 Milliarden Tonnen CO₂ frei – mehr als die Emissionen von Deutschland, Frankreich und Großbritannien zusammen. Das EU-Parlament hat 2017 eine Resolution beschlossen, um den Import von Palmöl in die EU einzuschränken. In der EU verkaufter Biokraftstoff soll ab 2020 kein Palmöl mehr enthalten, dessen Herstellung Entwaldung verursacht. Wie gut diese Bedingung in Indonesien und Malaysia verlässlich kontrolliert werden kann, ist unstritten.

Der Autor ist Geschäftsführer für Bildung und Kommunikation bei der Deutschen Wildtier Stiftung. Er schrieb mehrere Bestseller zu Umweltfragen.

IMPRESSUM

Verleger AXEL SPRINGER (1985 f.)
Herausgeber: Stefan Aust
Chefredakteur: Dr. Ulf Poschardt
Stellvertreter des Chefredakteurs:
Peter Huth, Oliver Michalsky, Arne Tietz
Stellvertretende Chefredakteurin:
Dagmar Rosenfeld

Geschäftsführender Redakteur: Thomas Exner
Director Digital Innovation: Niddal Salah-Eldin
Chefredakteur: Torsten Krauel
Redaktionsleiter Digital: Stefan Frommann
Leitung Editionsteam: Christian Gaertner,
Henning Kruse, Stv. Philip Jürgens, Lars Winckler
Creative Director: Cornelius Tittel
Artredaktion: Juliane Schwarzenberg, Stv. Katja Fischer

Politik: Marcus Heithecker, Claudia Kade, Dr. Jacques Schuster, Lars Schroeder
Forum: Andrea Seibel, Stv. Rainer Haubrich
Investigation/Reportage: Wolfgang Bilscher, Jennifer Wilton, Stv. Manuel Bewarder
Außenpolitik: Klaus Geiger, Silke Mühlherr
Wirtschaft/Finanzen: Olaf Gersemann, Ileana Grabitz, Stv. Jan Dams, Dietmar Deffner, Thomas Exner (Senior Editor)
Kultur: Andreas Rosenfelder, Stv. Lucas

Wiegmann Literarische Welt: Dr. Mara Delius
Literarischer Korrespondent: Richard Kämmerlings
Stil/Reise/Motor: Adriano Sack, Stv. Sönke Krüger, Inga Griese (Senior Editor)
Sport: Stefan Frommann, Stv. Sven Flohr, Christian Witt, Volker Zeitler
Leben/Wissen: Wolfgang Scheida, Heike Wovinkel, Stv. Dr. Pia Heinemann
Regionalredaktion Hamburg: Jörn Lauterbach, Stv. Claudia Sewig

Nachrichtenchef: Falk Schneider
Social Media: Jürgen Camrath, Andreas Müller
WELTplus: Sebastian Lange
Video: Martin Heller
GvD Produktion: Patricia Plate, Stv. Dr. Jörg Forbricht
Foto: Michael Dilger, Stv. Stefan A. Runne
Infografik: Sandra Hechtenberg, Karin Sturm
Chefkorrespondent Außenpolitik: Dr. Sascha Lehnartz
Chefkorrespondentin Wirtschaftspolitik: Dr. Do-

rothea Siems
Korrespondenten Politik/Gesellschaft: Ulrich Exner, Dr. Richard Herzinger
Chefkorrespondent Wissenschaft: Dr. Norbert Lossau
Leitender Redakteur Zeitgeschichte: Sven Felix Kellerhoff
Ständige Mitarbeit: Prof. Michael Stürmer
Autoren: Henryk M. Broder, Dr. Susanne Gaschke, Alan Posener, Dr. Kathrin Spoerl, Benjamin von Stuckrad-Barre, Hans Zippert
Auslandskorrespondenten: Brüssel: Hannelore Croll,

Dr. Christoph Schiltz
Budapest: Boris Kalnoky
Istanbul: Deniz Yücel
Jerusalem: Gil Yaron
Kapstadt: Christian Putsch
London: Stefanie Bolzen, Thomas Kießling
Madrid: Ute Müller
Marrakesch: Alfred Hackensberger
Moskau: Pavel Lokshin
New York: Michael Remke, Hannes Stein
Paris: Martina Meister
Peking: Johnny Erling
Prag: Hans-Jörg Schmidt
Warschau: Dr. Gerhard Gnauck
Washington: Steffen Schwarzkopf, Clemens Wergin